

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdnerdruck: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241.
Aus für Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 7,00,—
Stanznummer M. 400,—, Sonntagsausgabe M. 500,—.
Anzeigen-Preise. Die Spalte 30 mm breit je Zeile M. 700,—, außerhalb des Tages M. 800,—, Familien-
anzeigen und Stellenangebote unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 300,—,
Vorzugsplätze laut Tarif. Unverlangte Beiträge gegen Verrechnung.

Schmiedung und Reparaturarbeiten
Markenstraße 88/40.
Druck u. Verlag von Henschel & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Transportable Herde
in Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate
Prometheus-Gaskocher und Herde
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Hach-Schra-Dauerwellen Sie machen erst die Sommerreise zu ein.
das Entzücken jeder Dame! Vergnügen, denn ein
oder Strich mit Kämm
oder Bürste und das Haar ist in düstige, prächtige Wellen gelegt, denen
weder Kopfwäsche noch Regen ihre wunderliche Form nehmen.
Gegründet 1900 A. Hachmeister-Schrader, Dresden Fernspr. 21216
Ringsstraße 14 (am Bismarck-Denkmal) Waisenhausstraße 15

Dresdner Privat-Bank
e. G. m. b. H.
Fernspr. 22205, 22330, 22860 Dresden-A., Grunaer Straße 27/28, 22806
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Zweig-Niederlassung in Hildenaue-Nord, Teichstr. 2 :: Fernspr. 407

Poincaré verteidigt im Senat seine Ruhrpolitik.

Frankreichs Antwort an den Papst. — Der Senat bewilligt einstimmig die Ruhrkredite. — Englisch-amerikanische Genugtuung über den Papstbrief. — Eine neue politische Rede des Reichskanzlers. — Zuspitzung des Kampfes um den wertbeständigen Lohn. — 22566 Opfer des Ausweisungsterrors.

Der Gipfel der Verlogenheit.

Die Ruhrkredite im französischen Senat.
Paris, 29. Juni. Der Senat hat heute nachmittags die Beratung der von der Kammer angenommenen Kredite für die Ruhrbesetzung begonnen. Der Berichterstatter Senator Veranger führt zur Begründung folgendes aus: Da Deutschland sich entschieden gegen den Versailler Vertrag auflehnte (!), mußten die Eisenbahnen in Besatz genommen werden. Daraus ergab sich das übrige. Veranger behauptet, daß die durch die Ruhrbesetzung erworbenen Werte die Ausgaben weitlich übersteigen, allerdings müssen diese Werte in die Reparationskasse, während die Ausgaben von der französischen Regierung getragen würden. Aber diese Ausgaben müssen bei der interalliierten Regelung in Rechnung gestellt werden. Die Ruhraktion wird hoffentlich eines Tages eine interalliierte Operation werden. Die deutsche Propaganda ist bis zum Vatikan vorgedrungen, so schloß der Berichterstatter, der heute wünscht, daß die Taten, die Deutschland begangen hat (!!), in Vergessenheit geraten. Das läßt uns an die Wirksamkeit unserer diplomatischen Vertretung beim Vatikan zweifeln. Nach dem Kriege wie während des Krieges mußten wir gegen die deutsche Propaganda kämpfen (!!). Die Kommission fordert deshalb auf, einstimmig die geforderten Kredite zu bewilligen.

Ministerpräsident Poincaré

erklärt, er wolle noch einmal, mehr für das Ausland, für die weltlichen und geistlichen Mächte die Maßnahmen rechtfertigen, die Frankreich ergriffen habe, und daß es, wenn es notwendig sei, gegen einen widerwärtigen Schuldner weiter ergreife. Die Reparationskommission habe den von Deutschland noch zu zahlenden Betrag festgelegt. In diesen Betrag seien die Kriegskosten nicht eingeschlossen worden. Aber der Vertrag habe bestimmt, daß Deutschland die Zahlungen garantiere, indem es der Reparationskommission Schuldverschreibungen in Höhe von 100 Millionen Goldmark überstelle.

Reichskanzler Wirth habe für Deutschland das Ruhrgebiet gerettet dank Versprechungen, die nicht gehalten worden seien. (!) Nachdem im Januar die Reparationskommission nach so vielen bewilligten Fristen die allgemeine Verfestigung Deutschlands festgestellt habe, habe man das Recht erlangt, Sanktionen zu nehmen. Deshalb habe Frankreich am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzt. Es habe sich nur darum gehandelt, Garantien gegen die gewollte Zahlungsunfähigkeit seines Schuldners zu nehmen, und zwar in Ausführung des Friedensvertrages.

Warum habe man das Ruhrgebiet und nicht eine andere deutsche Provinz besetzt?

Wenn man politische oder feindliche Absichten gehabt hätte, würde man das Mainthal besetzt haben, um Deutschland in zwei Stücke zu zerlegen. Aber man habe nur einen wirtschaftlichen Druck ausüben wollen, und deshalb sei man in das Ruhrgebiet eingedrungen, in die Schlagader Deutschlands, wie sich Bonar Law ausgedrückt habe, in den Kassenhahn des widerwärtigen Schuldners.

Poincaré ging dann auf den Kampf Deutschlands ein, das den passiven Widerstand organisiert habe. In Wirklichkeit sei dieser Widerstand aktiv, verbrecherisch und hinterlistig. (!) Der Gedanke dazu sei von den Großindustriellen und von der deutschen Regierung ausgegangen, daß sie man aber im Ausland, zumal beim Heiligen Stuhl, der auch Zerklümmern unterworfen sei, nicht immer ein. Die siegreiche Nation will nicht auf ihren Sieg verzichten. Sie wird ihren Willen dem Besiegten aufzwingen, der seine Niederlage nicht anerkennen will. Auf den deutschen Widerstand habe man mit einer Blockade geantwortet, die aber in keiner Weise die Ernährung des Ruhrgebietes bedrohe. (!) Die Nahrungsmittel dürfen frei eingeführt werden und die Truppen würden nicht aus dem Bestand des Landes ernährt. Was Deutschland zum Widerstand getrieben habe, sei, daß es geglaubt habe, Frankreich der Kohlen und des Stoffs berauben zu können.

Da es besser als irgend jemand die Verhältnisse der Fabriken in Nordfrankreich kenne, habe es sich gedacht, Frankreich könne nicht auf die Ruhrkohle verzichten. Es habe eben nicht daran gedacht, daß die Ruhrblockade Läger schaffen werde, die man abtransportiere und nach Frankreich wegschicken könne. Das Einverständnis zwischen General Degoutte und Tirard sei vollkommen. Aus diesem Grunde habe man alle Zwangsmaßnahmen gegen die preußischen Beamten ergriffen können und sie seien

in einer Zahl von 16 000 ausgewiesen worden.

Die Aktion Frankreichs mache sich derart bemerkbar, daß die deutsche Regierung den Widerstand nur durch Geldverteilung an die Beamten, Arbeiter und Industriellen fortsetzen könne. (!) Deutschland drehe sich in einem erschreckenden Kreise, und es versuche nicht, ihm zu entgehen. Es warte auf ein Wunder, aber die Wunder kämen nicht oft.

Es verache nicht ein Tag, an dem nicht ein deutscher Industrieller den Versuch mache, mit französischen Industriellen oder französischen Politikern zu verhandeln.

Er werde sich davon unterrichtet. Doch läme es zu keiner Zusammenkunft.

Deutschland hoffe immer noch auf eine Intervention der Verbündeten Frankreichs.

Es erwarte sein Teil... (Man ruft dazwischen: Von Rom!) Der Ministerpräsident fügt hinzu: Oder von England! Deutschland hoffe auf die Entmiltung und die Vermittlung. Aber darin täusche es sich. Frankreich wolle, daß der Versailler Vertrag ausgeführt werde. In Brüssel habe man mit der belgischen Regierung beschlossen, Deutschlands Vorschläge zu prüfen, ehe der Widerstand eingestellt sei. Man werde Deutschland nach Maßgabe der Zahlungen räumen, wie es Deutschland nach 1870 getan hat. Das einzige Mittel, Deutschland zur Zahlung zu bringen, sei, in Deutschland den Wunsch zu erwecken, das Ruhrgebiet wieder zurückzuerhalten. Frankreich habe keine Annexionsgedanken. Es wolle aus energischer jede Anlage des Imperialismus zurück. Wir wollen das Ruhrgebiet nicht konfiszieren, aber wir werden es behalten, bis Deutschland seine Schulden bezahlt hat.

Die letzten deutschen Vorschläge sind nicht ernst gemeint. (!) Sie verdienen keine Antwort.

Wenn das Deutschland nicht versteht, um so schlimmer für Deutschland. Wenn wir das Ruhrgebiet freigeben würden, würde Deutschland glauben, daß es seine Revanche verlangt hat und uns eine Erniedrigung auferlegt hat. Was würde sich dann in Deutschland abspielen? In welche Vorheiten würden sich dann die nationalistischen und die militaristischen Parteien hineinstecken?

Unsere Soldaten verteidigen nicht nur die Unterzeichnung des Vertrages, sondern die deutsche Republik selbst gegen ihre Verirrungen. (!)

Unsere Soldaten werden ihr Werk der Gerechtigkeit und des Friedens vollenden. Noch einmal werden sie sich dadurch um das Vaterland verdient machen.

Die Aussprache.

Senator Feunoyrier stimmt den Erklärungen Poincarés zu. Senator Albert jedoch nicht auf den päpstlichen Brief

ein, der völlig den deutschen Vorschlag annehme. Er würde dieses Dokument als einen frommen Einfall, als eine Art Bergpredigt auffassen, wenn er nicht die stets besetzte Politik des Vatikans bestätigen würde. Während des Krieges habe Staatssekretär Gaspari Deutschland in die Karten gespielt. Er habe verloren. Aber seitdem gebe es einen neuen Papst, dessen Wahl man als einen ersten Sieg des französischen Völkertums beim Vatikan ausgelegt habe. Wenn ein derartiger Brief heute geschrieben werden könne, sei es, weil die päpstliche Politik den Mittelmächten freundlich gegenüberstehe, die Gegner Frankreichs seien. Poincaré habe das jüngst beantragt und ausgesprochen, daß der französische Völkertum beim Vatikan gute Erfolge erzielt habe. Auf Wunsch des Erzbischofs von Köln sei Monsignore Testa als päpstlicher Delegierter ins Ruhrgebiet gegangen. Er könne sich denken, welchen Eindruck der päpstliche Brief in Berlin hervorgerufen habe. Aber er möchte auch lernen wissen, welchen Eindruck er bei den belgischen Nachbarn gemacht habe. (Poincaré ruft dazwischen: Gar keinen, und ein Senator fügt hinzu: Wie bei uns!) Poincaré habe die Gefahr der sozialistischen Interventionen gekennzeichnet. Welche Haltung werde er gegenüber der katholischen weißen Internationale einnehmen? Poincaré antwortet, er kenne nur Frankreich und die Republik. Dann werde ich Ihnen, so erklärt Albert, die Frage stellen, ob Sie nach dieser letzten Rede den Brief des Papstes als einen neuen Erfolg des Völkertums beim Vatikan ansehen? Auf diese Frage ist, wie aus dem Bericht hervorgeht, eine Antwort nicht erteilt worden.

Nach weiteren unwesentlichen Debatten erklärt der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, de Selnes, Frankreich und das Ausland müßten wissen, daß der Senat die heutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten billige.

Darauf wurden die Ruhrkredite einstimmig von den 208 anwesenden Senatoren bewilligt. (W. T. B.)

Ausweisungen ohne Ende.

Essen, 29. Juni. Die Franzosen haben gestern in aller Frühe in Gelsenkirchen die Ausweisungen der Eisenbahner fortgesetzt. Die Eisenbahner wurden morgens um 5 Uhr aus den Betten geholt und abgeführt. Im ganzen sind gestern 14 Eisenbahner von der Ausweisung betroffen worden. In das französische Gefängnis in Dortmund sind in den letzten Tagen eine große Anzahl Dortmunder Bürger, auch solche aus dem unbesetzten Gebiet, eingeliefert worden. (W. T. B.)

Essen, 29. Juni. Heute sind 42 Eisenbahner aus Bedau bei Duisburg ausgewiesen worden. Die Familien müssen am Sonnabend folgen. (W. T. B.)

Dollar (Amtlich): 154 500

Die moralische und politische Spolierung Frankreichs.

Niemand wird in Deutschland die praktische Bedeutung des päpstlichen Appells zum Frieden überschätzen. Poincaré hat ein dickes Fell, und so wird man sich auch diesmal keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Maxima des Papstes zu einer Betätigung der christlichen Lehre auch im staatlichen Leben, daß das unerkennbare christliche Vermöhen des katholischen Kirchenfürsten, auf einen friedlichen Ausbruch in dem heute die europäische Kultur bedrohenden und die allgemeine Wohlfahrt zerrüttenden Ruhr- und Reparationskrieg hinzuwirken, einen unmittelbar greifbaren Erfolg zeitigen könnte. Trotzdem ist der offene Brief des Papstes ein politisches Dokument von ersterer Bedeutung und moralisch von unschätzbarem Wert; denn er ist nach den Erfahrungen der bisherigen Friedensaktionen des Vatikans nicht eine spontane persönliche Gefühlsäußerung des Papstes sondern ein wohlüberlegter und sorgsam vorbereiteter diplomatischer Schritt, der sich sowohl auf die Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage wie auch infolge der Berichte des päpstlichen Ruhrdelegierten Testa auf die eingewandte Kenntnis der Lage im Ruhrgebiet und im Rheinlande gründet. Wie alle politischen Kundgebungen des Papstes seit Kriegsausbruch so ist auch der einstige Zweck dieses Appells, dem Frieden zu dienen, und darum vermeldet es der Brief auf das peinlichste, irgendein Werturteil über Recht oder Unrecht der beiden Parteien anszusprechen. Wenn nun aber trotzdem der Papst sich veranlaßt sieht, die Welt auf das Gebot der Gerechtigkeit und Nächstenliebe hinzuweisen, daß das deutsche Ergehen nach unparteiischer Rücksicht seiner Zahlungsfähigkeit nicht abgelehnt und von dem Schuldner nicht mehr verlangt werde, als er zahlen könne, wenn der Papst weiter auf Grund seiner Kenntnis der Reiben der Ruhrbesetzung Frankreich mahnen muß, die Befehle schrittweise aufzugeben und sie durch weniger schmerzliche Vorschläge zu ersetzen, dann ist das auch unausgesprochen eine vernichtende moralische Verurteilung der furchtbaren Methoden der französischen Gewaltpolitik. Als solche ist die Kundgebung des Papstes nicht nur bei uns, nicht nur in der gesamten urteilsfähigen Welt, sondern auch in Frankreich empfunden worden.

Wir sind weit davon entfernt, den päpstlichen Appell als vollständig im Sinne der gerechten deutschen Forderungen liegend anzusehen. Gewiß, die Forderung nach einer unparteiischen Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit ist eine deutsche Forderung, die noch dazu im Versailler Vertrag gewährleistet ist, aber der Vorschlag der schrittweisen Räumung des Ruhrgebietes unter Ergriffung anderer Bürgschaften ist ein offener Verzicht, des Papstes, dem französischen Standpunkt Konzessionen zu machen, die nicht in der Linie der deutschen Politik liegen können. Trotz dieses unverkennbaren Vermittlungsbestrebens des Papstes ist es ein lächerliches Unterfangen der französischen Presse, das päpstliche Dokument in einen Schritt anzunehmen der französischen Politik umzudeuten, und nachdem gerade Poincaré den amerikanischen Vorschlag einer Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit durch internationale Sachverständige brüst abgelehnt hat, ist es eine Unverschämtheit, wenn das „Echo de Paris“ behaupten zu können glaubt, Poincaré und die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs hätten niemals etwas anderes erklärt als der Papst. Gerade die ersten Versuche der französischen Presse, den Papstbrief in sein Gegenteil zu verkehren, sind ein Beweis für die Aufregung, die in Frankreich durch die Kundgebung des Vatikans Platz gegriffen hat. Der französische Gesandte beim Vatikan war schon ehrlicher, wenn er dem Kardinalstaatssekretär Gaspari mitteilte, daß der Brief in Frankreich kaum auf eine günstige Aufnahme hoffen könne, und wenn der offizielle „Temps“ jetzt die beiden grundlegenden Ideen des Papstes rundweg ablehnt, so ist das alles andere, als eine Feststellung der französischen Uebereinstimmung mit den Ansichten des Vatikans. Vielmehr zeigt gerade die kritische Ablehnung der päpstlichen Anregungen, daß man in Frankreich die Meinung des Papstes wohl verstanden hat. Sie zu beherzigen, glaubt man in Frankreich nicht nötig zu haben.

Seine besondere Bedeutung gewinnt der Friedensappell des Papstes aber erst im Zusammenhang mit der internationalen Politik. Denn niemals hätte der Papst das Wort zu seinem unparteiischen Aufruf an die Welt ergriffen, wenn er nicht auf Grund seiner ausgedehnten und vielfachhaltigen Beziehungen den psychologischen Augenblick für gekommen erachtet hätte, um mit seiner Forderung nach einer baldigen Beilegung des Ruhrkonfliktes auf die Seite Englands zu treten. Und so ist die Friedensaktion einmal ein Gradmesser für die wachsende